

Professor Dr. jur. Florian Becker



Dänischenhagen, den 30. März 2017

An das  
Schleswig-Holsteinische  
Landesverfassungsgericht  
Brockdorff-Rantzaу-Straße 13  
24837 Schleswig

Kopie

vorab per Mail: [verwaltung@lverfg.landsh.de](mailto:verwaltung@lverfg.landsh.de)

#### **LVerfG 1/17**

Die in der Verfügung vom 20. März 2017 zu dem oben bezeichneten Organstreitverfahren aufgeworfenen Fragen des Berichterstatters beantworte ich nach Rücksprache mit dem Antragsgegner wie folgt:

#### **Frage 1: Zu welchem Zeitpunkt hat der Antragsteller seinen Wortbeitrag wem gegenüber in welcher Form und mit welchem Inhalt beantragt?**

Die Beantragung eines – wie auch immer gearteten – Wortbeitrages wird regelmäßig nicht schriftlich festgehalten. Sie ist zudem auf unterschiedlichen Wegen möglich und findet keineswegs immer bei der amtierenden Sitzungspräsidentin oder beim amtierenden Sitzungspräsidenten statt. Die Frage könnte daher nur aus der Erinnerung heraus beantwortet werden. Entsprechende Nachforschungen an verschiedenen Stellen der Landtagsverwaltung und auch beim Landtagspräsidenten selbst haben aber leider ergeben, dass eine konkrete Erinnerung zu diesem Vorgang nicht (mehr) vorhanden ist.

Insofern muss sich unsere Antwort auf folgende allgemeine Ausführungen beschränken: Wol-

len Abgeordnete während einer Tagung zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt eine persönliche Bemerkung nach § 55 GO LT oder eine Erklärung zur Abstimmung nach § 64 Abs. 2 GO LT abgeben, sind in der parlamentarischen Praxis verschiedene Wege denkbar, dies bei der amtierenden Sitzungspräsidentin oder beim amtierenden Sitzungspräsidenten anzumelden. Selbstverständlich haben die Abgeordneten die Möglichkeit, die amtierende Sitzungspräsidentin oder den amtierenden Sitzungspräsidenten während der laufenden Tagung über ihren Wunsch unmittelbar zu informieren. Handelt es sich nicht um einen spontanen Wunsch, entspricht es aber auch der parlamentarischen Praxis, die für die Sitzungsvorbereitung zuständigen Mitarbeiter der Landtagsverwaltung hierüber (fern-)mündlich oder schriftlich (z. B. per E-Mail) zu informieren.

Dies kann entweder durch eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten direkt oder aber durch Fraktionsmitarbeiter geschehen. Die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung übernehmen den entsprechenden Wunsch dann in einen sog. Sprechzettel für die amtierende Sitzungspräsidentin oder den amtierenden Sitzungspräsidenten, der den jeweiligen Antrags- und Sachstand widerspiegelt. Die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung sind bemüht, das Präsidium möglichst umfassend und vollständig auf den (möglichen) Sitzungsverlauf vorzubereiten. Daher werden im Vorfeld von Sitzungen auch die Presseberichterstattung und Pressemitteilungen von Abgeordneten und Fraktionen beobachtet. Ergibt sich hieraus, dass zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt von einer oder einem bestimmten Abgeordneten eine bestimmte Erklärung abgegeben werden soll, wird auch diese Information – ggf. nach Rücksprache mit der betroffenen Fraktion – im jeweiligen Sprechzettel verarbeitet.

**Frage 2: Hat der Antragsteller dabei um das Wort für eine persönliche Bemerkung nach § 55 GO LT oder für eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten nach § 64 Abs. 2 GO LT gebeten? Falls letzteres: Aus welchem Grund wurde ihm das Wort für eine „persönliche Erklärung“ erteilt?**

Wie bereits zu 1. ausgeführt, liegen zu der Frage, in welcher Weise um das Wort gebeten wurde, keine konkreten Unterlagen oder Erinnerungen vor. Jedoch stand für den Landtagspräsidenten außer Zweifel, dass das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung gewünscht war. Dementsprechend war es auch seine klare Intention, dem Antragsteller das Wort zu einer Erklärung zum Abstimmungsverhalten zu erteilen. Entsprechend wurde es auch vom Antragsteller verstanden, wie seinen einleitenden Bemerkungen zu entnehmen ist.

Dass der Landtagspräsident dabei die verkürzte Formulierung „persönliche Erklärung“ verwandt hat, ist vermutlich auf den Sprechzettel der Landtagsverwaltung zurückzuführen, in

dem sich die Formulierung befindet, „(...) dass der Abgeordnete Dr. Breyer für die Piratenfraktion eine persönliche Erklärung gem. § 64 Absatz 2 GO LT abgeben will“,

#### **Anlage AG 2.**

Hierbei handelte es sich um eine ungenaue Formulierung von Seiten der Landtagsverwaltung. Dies lässt sich daraus ablesen, dass im Sprechzettel die Formulierung „persönliche Erklärung gem. § 64 Abs. 2 GO LT“ verwendet wurde. In § 64 Abs. 2 GO LT ist jedoch die Erklärung zur Abstimmung geregelt.

„Persönliche Bemerkungen“ regelt demgegenüber § 55 GO LT. Zudem enthält der Sprechzettel den Hinweis für die amtierende Sitzungspräsidentin oder den amtierenden Sitzungspräsidenten, dass „eine solche Erklärung zur Abstimmung, die eine Dauer von 3 Minuten nicht überschreiten darf“, unmittelbar vor oder unmittelbar nach der Abstimmung abgegeben werden kann,

vgl. *Fensch*, in: Arens, Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages, 1999, § 64 Anm. 2.

Diese Details treffen aber nur auf eine Erklärung zur Abstimmung gem. § 64 Abs. 2 GO LT zu.

**Frage 3: Hat der Antragsteller dabei um Worterteilung für einen Beitrag vor oder nach der Abstimmung gebeten? Aus welchem Grund wurde ihm das Wort vor der Abstimmung erteilt?**

Zu der Frage, ob der Antragsteller bereits im Vorwege um eine Worterteilung vor der Abstimmung gebeten hat, liegen keine konkreten Unterlagen oder Erinnerungen vor.

Allerdings hat der Antragsteller, nachdem der Landtagspräsident nach Aufruf des Tagesordnungspunktes mitgeteilt hatte, dass von diesem die Abgabe einer „persönlichen Erklärung“ gewünscht sei, unmittelbar Anstalten gemacht, sich mit seinem Manuskript von seinem Platz zu erheben. Diesem zumindest konkludenten unmittelbaren Redewunsch ist der Landtagspräsident nachgekommen. Dies lässt sich auch in der Mediathek des Landtages nachverfolgen.

#### **Frage 4:**

Die Piratenfraktion hatte am 14. Dezember 2016 über den sog. Preeticker des Landtags mit

der Uhrzeit „15:14“ eine Pressemitteilung unter der Überschrift „Patrick Breyer zu TOP 17: „Unwürdige Postenschieberei nicht mit PIRATEN!“ veröffentlicht

**Anlage AG 3.**

Dies geschah somit fast zwei Stunden vor dem Beitrag des Abgeordneten Dr. Breyer. (Ausweislich der Mediathek des Landtags wurde der Tagesordnungspunkt 17 erst um 17:02 Uhr aufgerufen.)

Über diese Pressemitteilung war der Landtagspräsident durch den Landtagsdirektor informiert worden, der seinerseits einen entsprechenden Hinweis des Pressesprechers des Landtags erhalten hatte.



Professor Dr. Florian Becker



Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 17

**Wahl der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein**

Wahlvorschlag der Landesregierung

Drucksache 18/4861

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich weise darauf hin, dass der Abgeordnete Dr. Breyer für die Piratenfraktion eine persönliche Erklärung gem. § 64 Absatz 2 GO-LT abgeben will.

Hinweis:

Eine solche Erklärung zur Abstimmung, die eine Dauer von 3 Minuten nicht überschreiten darf, kann unmittelbar bevor oder unmittelbar nach der Abstimmung abgegeben werden,

Ich lasse nun über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl die **Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder** erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 18/4861 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen.  
- Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(Hinweis: Es folgt Stimmenzählung)

Mit Ja haben gestimmt...

Mit Nein haben gestimmt....

Enthalten haben sich ....

Ich stelle fest, dass damit die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme erreicht ist. Damit ist der vorgeschlagene Vizepräsident gewählt. Ich wünsche dem künftigen Vizepräsidenten viel Erfolg bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben.



**PIRATENFRAKTION**  
*im Schleswig-Holsteinischen Landtag*

## PRESSEMITTEILUNG

**Christian Lewin**

Pressesprecher  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
Tel.: 0431-988-1603

Kiel, 14.12.2016

### **Patrick Breyer zu Top 17: "Unwürdige Postenschieberei nicht mit PIRATEN!"**

Bernt Wollesen ist soeben gegen die Stimmen der PIRATEN zum Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs gewählt worden. Der Fraktionsvorsitzende der PIRATEN, Dr. Patrick Breyer, erklärte das Nein so:

"Nach einem Bericht der Kieler Nachrichten vom 23. September haben die Fraktionschefs von SPD und CDU Stellen am Landesrechnungshof und Landesverfassungsgericht untereinander aufgeteilt. Teil dieses Deals ist das Amt des Vizepräsidenten am Landesrechnungshof.

Dieses unwürdige Postengeschachere beschädigt das Vertrauen in die Unabhängigkeit der höchsten Kontrollinstitutionen unseres Landes und befeuert das öffentliche Misstrauen in die herrschende Politik.

Rechnungshofspitze und Landesverfassungsgericht dürfen keine aufzuteilende Beute der Parteien sein, sondern müssen mit den Besten besetzt werden, um unser Steuergeld bestmöglichst einzusetzen und unsere Verfassung zu wahren!

Wir PIRATEN arbeiten seit Jahren daran, diesen Filz zu sprengen und eine öffentliche Ausschreibung der Spitzenpositionen in unserem Land durchzusetzen. Doch mit Ausnahme der Landesdatenschutzbeauftragten, wo anders keine Mehrheit zu bekommen war, blocken die etablierten Fraktionen ab. Ohne öffentliche Ausschreibung haben topqualifizierte Interessenten, von denen die Fraktionschefs nicht wissen, von vornherein keine Chance.

Piratenfraktion im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
Tel.: 0431 - 988 1337

Postadresse:  
Postfach 7121  
24171 Kiel

<http://www.piratenfraktion-sh.de>  
[fraktion@piratenfraktion-sh.de](mailto:fraktion@piratenfraktion-sh.de)  
Twitter: @fraktionSH